

Ansicht:

Die Initiantinnen und Initianten des Volksbegehrens «Ja zu Handarbeit/Werken» sind mit der Unterstützung aus der Bevölkerung zufrieden. Bereits habe man die Grenze von 25 000 Unterschriften überschritten, heisst es in einer Mitteilung des Aktionskomitees. **Die hohe Akzeptanz, so die Ansicht des Komitees, sei ein Ausdruck davon, dass die Bevölkerung nicht einverstanden sei mit Sparbeschlüssen, welche die musischen, kreativen Fächer reduzierten.** Der Regierungsrat hat beschlossen, die Stundenzahl in den betreffenden Fächern in der 5. und 6. Klasse zu halbieren. Die Initiative will den Abbau verhindern. Federführend in dieser Sache ist die Winterthurer EVP-Gemeinderätin Ruth Kleiber. Gesammelt wird noch bis zum 25. September. **nm.**

Arch: Chance oder reiner Zirkus?



Seit Jahren wird für das Arch-Areal mit Volkshaus und Parkhaus eine sinnvolle Lösung gesucht. Mit dem Projekt einer angemessenen Geschäfts- und Wohnüberbauung liegt jetzt ein guter Vorschlag auf dem Tisch. Im Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Privatwirtschaft sollen das Erdgeschoss und die ersten zwei Obergeschosse als Verkaufsfläche genutzt werden. Ab dem dritten Obergeschoss bis zum Dachgeschoss sind Büros, Praxen sowie Alters- und Mietwohnungen vorgesehen. Die Kompensation der 520 Arch-Parkplätze ist im Neubau und in der unmittelbaren Umgebung gewährleistet. Ein Teil der Aufträge kommt dem lokalen und regionalen Gewerbe zugute. Mit attraktiven Angeboten wird es gelingen, den Kaufkraftabfluss nach Zürich zu verhindern. Die geplante Neunutzung bedeutet eine Aufwertung des Stadtzentrums und führt zu einer wirtschaftlichen Belebung. Man wird vermehrt in Winterthur einkaufen und auch die Fachgeschäfte in der Altstadt frequentieren. Die hiesige Arbeitslosenquote von über fünf Prozent zwingt zum Handeln. Obwohl es keine vernünftige Alternative zum Projekt gibt, wird es von ei-

nem Komitee bekämpft. Ein Ja zum Verkauf des Arch-Areals ist eine Chance, die genutzt werden muss.

Dieter Kläy, FDP-Gemeinderat, Winterthur.

Das Arch-Areal beim Bahnhof soll verkauft werden. So will es die Stadtregierung und auch das bürgerlich dominierte Parlament. Bis weit ins linke Lager hinein tönt's aus rechten und wirtschaftlichen Kreisen: endlich ein gutes Projekt für das Winterthurer Zentrum. Als vorbildliche Stadtentwicklung gar preisen Befürworter den prämierten «cirque»-Komplex, der nach dem Verkauf realisiert werden soll. Doch hält das Projekt, was es verspricht? Es gibt viele Gründe, weshalb genau eben nicht, ich greife nur einen heraus. Ein weiteres Einkaufszentrum der Grösse des Coop-Grüzemarktes in unmittelbarer Nähe von bereits zwei grossen Shopping-Tempeln, Neuwiesen-Zentrum sowie Manor, und gleich neben der Einkaufsmeile Altstadt steht in keiner Weise für nachhaltige Stadtentwicklung. Im Gegenteil. Nicht nur ist das Projekt völlig überdimensioniert, es konkurrenziert auch die

bereits heute schon arg bedrängten Kleinbetriebe in der Altstadt zusätzlich. Die Folge ist eine weitere Ausdünnung des Einkaufsangebotes und mithin eine Verschlechterung in Bezug auf die qualitative und attraktive Vielfalt unserer Fussgängerzone im Bereich der mittelalterlichen Altstadt. Die Verschönerung des Areals ist rein kurzfristiges Kommerzdenken, welches eine nachhaltige Nutzung wertvoller städtischer Ressourcen auf Jahrzehnte hinaus, vielleicht gar für immer verunmöglicht. Als vorbildliche Stadtentwicklung könnte nur gelten, wenn eine umsichtige, alle Bevölkerungskreise einbezogene Planung zur Nutzung des Gebietes stattgefunden hätte. Stattdessen bleiben wichtige Gutachten zum historischen und städtebaulichen Wert des Volkshauses in der Schublade, und alle Projekte mit guten Ansätzen aus der «Testplanung Arch» der 90er-Jahre werden schlichtweg ignoriert. Der beabsichtigte Shopping-Zirkus kann nur schon deshalb nicht überzeugen. Ich sage am 26. September Nein zum Verkauf: Paket zurück an Absender. Winterthur hat etwas Besseres verdient!

Reto Diener, Winterthur.

«Kein Luxus.»

Seit Jahrzehnten ringen wir um eine Lösung der Frage um die Mutterschaftsversicherung, und endlich gibt es eine Vorlage, der wir alle ohne Vorbehalte zustimmen können. Die vorgeschlagene Lösung ist kein Luxus, aber doch so ausgestattet, dass sie das Ziel erreicht. Jede erwerbstätige Frau erhält Anspruch auf einen mindestens vierzehnwöchigen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Den Hauptteil der Kosten für Mutterschaftsurlaube haben heute jene Branchen zu tragen, welche viele Frauen beschäftigen. Mit der neuen Lösung werden die Lasten gerechter verteilt. Praktisch alle Betriebe können mit einer finanziellen Entlastung rechnen. Heute hängt die Länge eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs vielfach von der Beschäftigungsdauer ab. Ein

Stellenwechsel kann sich für eine Frau nachteilig auswirken. Endlich fällt dieses Mobilitätshemmnis weg, und junge Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt nicht länger ein schlechtes Risiko. Für die Mutterschaftsversicherung braucht es keine Steuergelder. Im Gegenteil: Die angespannten Bundes-, Kantons- und Gemeindefinanzen werden entlastet. Auch die öffentliche Hand als Arbeitgeber kann von der finanziellen Besserstellung profitieren. Unsere Wirtschaft braucht Frauen als Arbeitnehmerinnen, und unsere überalterte Gesellschaft braucht dringend mehr Kinder. Die Mutterschaftsversicherung hilft uns, diese beiden Ziele zu erreichen.

Markus Wettstein,
FDP Winterthur.

Briefe.

Liebe Leserinnen, liebe Leser. Auf diesen beiden Seiten sind Ihre Meinungen zu ärgerlichen, erfreulichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen des täglichen Stadtlebens gefragt und sehr erwünscht! Auch Feedback auf redaktionelle Artikel und Kolumnen, die im «Stadtblatt» erschienen sind, wird selbstverständlich gerne publiziert. Die Redaktion behält es sich auf diesen Seiten vor, die eingesandten Leserbriefe nach allgemeinem Kürzungsrecht dem Sinn nach zu redigieren und zu kürzen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge an: «Stadtblatt», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur; Fax: 052 212 75 07; E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.

Redaktion & Verlag.

Schweizer Pass zu versteigern.



Intermezzo.

Was verstehen Sie unter zweiter und dritter Ausländergeneration? Vermutlich, dass die zweite Generation, also die Kinder von Einwanderern, in der Schweiz aufgewachsen sind. Und zur dritten Generation gehören dann deren Kinder.

Am 26. September werden Sie zu zwei Einbürgerungsvorlagen, also erleichterte Einbürgerung für die zweite Generation und automatische Einbürgerung für die dritte Generation, abstimmen können. Wenn Sie nun das Gefühl haben, auch Ruth Metzler und Bundesbern hätten es so verstanden wie der Durchschnittsschweizer, täuschen Sie sich. Man will nämlich massenweise Einbürgerungen am Stimmbürger vorbeischieben.

Ein Ja am 26. September würde bedeuten, dass als zweite Generation bereits gilt, wer fünf Jahre obligatorische Schule in der Schweiz besucht hat. Für deren Kinder, also die vermeintlich dritte Generation, gilt gar die automatische Einbürgerung. Das heisst also, ein Elternteil muss lediglich fünf Jahre hier zur Schule gegangen sein, damit sein Kind automatisch eingebürgert wird, unabhängig davon, wie lange und ob überhaupt der zweite Elternteil in der Schweiz ist. Wenn ein Ausländer-Elternpaar aus irgendwelchen Gründen den Schweizer Pass für sein Kind nicht will, muss es dies gar beantragen.

In den letzten 12 Jahren wurden insgesamt über 250 000 Ausländer eingebürgert. Die Zahl der erleichterten Einbürgerungen hat sich mit der Revision des Bürgerrechts von 1992 vervielfacht. Im Schnitt sind es nämlich aktuell jährlich etwa 10 000 Einbürgerungen, über die Bundesbern allein entscheidet. Da stellt sich nun wirklich die Frage, was es hier noch zu erleichtern gibt? Und misst man die Einbürgerungsquoten an der Gesamtbevölkerung, belegt die Schweiz jetzt schon klar Platz eins in ganz Europa. Um diesen Vor-

sprung weiter auszubauen, soll nun also der Schweizer Pass verschärft werden, nein danke.

Die Befürworter dieser beiden Moggelungen meinen, dass die Einbürgerung von jungen Ausländern ein wichtiger Schritt zur Integration sei und diese darum erleichtert werden müsse. Die Einbürgerung sollte aber nicht der erste, sondern der letzte Schritt einer erfolgreichen Integration sein. Und schliesslich sind mit dem Schweizer Pass weltweit einzigartige direktdemokratische Rechte verbunden. Dafür soll man Interesse zeigen und den Pass nicht einfach nachgeworfen bekommen.

Vielleicht kommen unsere linken Politiker sonst eines Tages noch auf die Idee, Schweizer Pässe bei Ebay zu versteigern. Sie könnten so auch ihre alltägliche Politik umsetzen: Möglichst viele Ausländer einbürgern, um die Ausländerquote zu senken, um dann dem Schweizer Bürger in spe möglichst viel Geld aus der Tasche zu ziehen, um damit den Multi-Kulti-Sozialstaat weiter auszubauen.

Natalie Rickli.

Zitat: _____

«Winterthur steht als ehemalige Industriestadt symbolisch für das Kongress-Motto Innovation», sagte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey am Samstag zu Beginn ihrer Rede am Auslandschweizer-Kongress. Der Kongressblock vor Calmy-Reys Auftritt hatte sich dem Thema technologische Innovation angenommen. Die SP-Bundesrätin indes fokussierte ganz auf das Verhältnis zwischen EU und der Schweiz sowie auf die Abkommen Schengen und Dublin. Insbesondere das Dubliner Erst-Asyl-Abkommen sei wichtig für die Schweiz, wo heute rund 20 Prozent aller Asylgesuche Zweitgesuche seien, sagte sie. Sie sei überzeugt, dass gerade die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer die Bedeutung dieser Abkommen zu schätzen wissen und sich dafür einsetzen. **nm.**